

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig. Pfennig
mit „Volk und Zeit“ 20 Pfennig

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 282

Dienstag, den 2. Dezember 1924

15. Jahrgang

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Drucksaßen 3290

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,50 Gulden,
in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden.
Anzeigen: die 1. Seite 0,80 Gulden, die
2. Seite 0,60 Gulden, in Deutschland 0,80 und 1,50 Gold-
mark. Anzeigen- und Inseratensätze in Polen
nach dem Danziger Tageskurs.

Kommunistenputsch in Reval.

Blutige Straßenkämpfe. — Der Aufstand unterdrückt.

Die russische Telegraphenagentur meldet: Montag vor-
mittag haben die Kommunisten versucht, sich der Regierungsgewalt zu bemächtigen. In diesem Zweck hatten sie Bänder von fünf bis zehn Mann organisiert, die sich mit Gewehren und Handgranaten bewaffnet, zu gleicher Zeit der Bahnhöfe, der Regierungsgebäude, des Landtagsgebäudes, der Posten, der Polizei und der Telefonzentrale bemächtigen. Im Verlaufe des Putschs wurde eine Reihe von Personen getötet. Die Truppen unterdrückten den Aufstand und stellten die Ordnung in zwei Stunden wieder her. Die Zahl der Opfer übersteigt wahrscheinlich 50. Unter den Toten befindet sich auch der Verkehrsminister Karf. In ganz Estland ist der Kriegszustand verhängt worden. General Laidoner ist zum Oberkommandierenden mit außerordentlichen Vollmachten ernannt worden. Die Regierungsgeschäfte nehmen ihren normalen Fortgang. Die Stadt Reval ist wieder ruhig.

In dem Kommunistenputschverlauf verlautet weiter, daß die Ordnung völlig wiederhergestellt ist. In den Provinzstädten ist alles ruhig geblieben. Die Verluste auf Seiten der Truppen und Polizei belaufen sich auf 18 Tote. Die Verluste der Kommunisten sind weit größer, vorläufig aber noch nicht zahlenmäßig festgestellt. Etwa 60 Kommunisten sind verhaftet und einem Standgericht übergeben worden.

In Reval konnte sich also trotz aller Erfahrungen das gleiche Szenario wiederholen, wie wir es vor Jahren in Mitteldeutschland erleben mußten. Die in Moskau herrschende Verantwortungslosigkeit hat in der Hauptstadt Estlands genau so die Arbeiter vor die Maschinenengewehre der regulären Truppen geführt, wie es vor wenigen Jahren in Mitteldeutschland der Fall war. Das Spiel von Reval ist schließlich das gleiche wie die unverantwortliche Aktion der Kommunisten im Oktober 1923 in Hamburg. Damals war es der Ungar Bela Kun, der die Fesseln der kommunistischen Internationale einen Teil der Arbeiterkraft Groß-Hamburgs vor die Maschinenengewehre der Polizei führte. Wer weiß, ob er in Reval nicht auch der Anführer war!

posten zu überlassen. Er bezeichnet es als ein Ruhmesblatt in der Geschichte des Zentrums, daß es seit 1919 die Seiten der Regierung keinen Augenblick von seinen Schultern auf andere abgewälzt hat. Es habe gemeinsam mit den Demokraten der Deutschen Volkspartei und mit der Sozialdemokratie auf Wiederaufbau Deutschlands gearbeitet, und die Früchte dieser Arbeit beginnen jetzt zu reifen. Wenn wir, betonte der Kanzler, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands erstreben, so dürfen wir es nicht zu unnötigen Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern kommen lassen. Der Unzufriedenheit der Bergarbeiter mit den gegenwärtigen Arbeitsbedingungen bringe er volles Verständnis entgegen. Unter billiger Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage gebühre dem Arbeiter nicht nur ein auskömmlicher Lohn, er habe auch ein Recht darauf, von dem Arbeitgeber als ein mündbefähigtes Glied des Wirtschaftsbetriebes behandelt zu werden.

Der Prozeß gegen den Seipel-Attentäter.

Am Montag begann vor dem Wiener Schöffengericht die Verhandlung gegen den 29-jährigen Arbeiter Karl Jawurek, der am Abend des 1. Juni auf den damaligen Bundeskanzler Dr. Seipel zwei Schüsse abgefeuert hat. Die Verlesung wurde von den Ärzten als lebensgefährlich bezeichnet. Tatsächlich hat der Bundeskanzler seine Gesundheit erst nach Monaten wiedererlangt. Der Attentäter machte unmittelbar nach dem Anschlag einen Selbstmordversuch und verletzte sich durch zwei weitere Schüsse nicht unbedeutend. Aber auch er ist wieder genesen. Bei der ersten Vernehmung nach dem Anschlag gab Jawurek die Absicht, den Bundeskanzler zu töten und dann Selbstmord zu begehen, unumwunden an. Dieses Geständnis hielt er auch bei den wiederholten Vernehmungen vor dem Untersuchungsrichter aufrecht; es deckt sich auch mit einem Abschiedsbrief an seine Frau, in dem es heißt: „Wenn es mir gelingt, dann geht noch einer mit mir, der Seipel, dann werde ich zufrieden in meiner neuen Welt sein.“ Jawurek ist Spinnerereihilarbeiter. In der letzten Zeit hatte er als Arbeiter mit wirtschaftlicher Not zu kämpfen, weil er nur vier Tage beschäftigt war und seine Frau infolge der Geburt eines zweiten Kindes nicht arbeiten konnte. Aus dieser wirtschaftlichen Notlage heraus ist er lebensüberdrüssig geworden und auf den Gedanken verfallen, Selbstmord zu verüben. Vorher wollte er den Bundeskanzler Dr. Seipel töten, weil er sich eingerebet hatte, daß dieser an der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage und damit an seiner eigenen Not die Hauptschuld trage. Jawurek ertrante sich bei seinen Arbeitskollegen und seinen politischen

Freunden keiner großen Beliebtheit, zumal er der Typus des Eigenbrötlers war.
Da der Tatbestand klar lag und nur wenige Zeugen, darunter der ehemalige Bundespräsident selbst, vernommen wurden, konnte der Prozeß noch im Laufe des Montag zu Ende geführt und am Abend das Urteil verkündet werden. Jawurek wurde zu 3 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Als Strafmildernd hat das Schöffengericht dabei sein Geständnis, seine geistige Minderwertigkeit und seine wirtschaftliche Notlage, aus der er zum Attentat verleitet wurde, berücksichtigt.

Immer neue Wahl Siege.

Die Stadtverordnetenwahlen, die am Sonntag in Kostobratiskanen, ergaben wieder, wie bei allen Wahlen der letzten Wochen, einen katastrophalen Rückgang der Wählerstimmen und der Kommunisten, eine Schwächung des bürgerlichen Wirtschaftsbündnisses, sowie ein Scheitern der Deutschen Nationalen, und einen erfreulichen Aufstieg der Sozialdemokratie. Wir haben die 19 Mandate von der Stadtverordnetenwahl am 27. November 1921 behauptet. Damals erhielt die Sozialdemokratie 10 794 Stimmen, bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1923 und diesmal 10 338. Der bürgerliche Wirtschaftsbündnis, dessen Parteien bei der Reichstagswahl 13 585 Stimmen auf sich vereinigten, brachte es nur auf 10 985 Stimmen. Damit haben die Bürgerlichen drei Mandate verloren. Die Kommunisten gingen von 4727 am 4. Mai auf 2006 zurück. Noch größer ist die Niederlage der Wähler. Am 4. Mai auf hohen Kosten mit 7541 Stimmen, brachten sie es jetzt noch auf ganze 3471, womit sie weit über 50 Prozent ihrer Stimmen eingebüßt haben. Die Wahlbeteiligung betrug rund 70 Prozent. Die Mandate verteilen sich wie folgt: Bürgerblock 20, Sozialdemokraten 19, Wiener 9, Wählerblock 6, Kommunisten 5, Demokraten 2. Der Anteil der Sozialdemokratie an den abgegebenen Stimmen betrug bei den Landtagswahlen am 17. Februar 1924 22 Prozent, bei den Reichstagswahlen am 4. Mai 26 Prozent und bei den letzten Stadtverordnetenwahlen 30 Prozent.

Wahlerfolg in Niederösterreich.

Stimmengewinn in den Kleinbauern und Landarbeitern.
Am Sonntag wurden im Bundesland Niederösterreich, aus dem Wien längst als eigenes Bundesland herausgehoben ist, die Gemeinderäte neu gewählt, jedoch nicht in den Städten und Märkten, also in der Hauptsache die der reinen Landgemeinden. Die Wahlbeteiligung war teilweise recht ansehnlich. Soweit sich das Ergebnis bis jetzt übersehen läßt, hat die Sozialdemokratische Partei rund 250 Mandate neu und durchschnitlich gegenüber der letzten Wahl 10 Prozent Stimmen gewonnen.

Englisch-französische Zusammenarbeit.

Der Aussprache mit Herriot, zu der der neue englische Außenminister Chamberlain am nächsten Donnerstag nach Paris kommen wird, wird in den Pariser politischen Kreisen eine ungewöhnlich weitgehende politische Bedeutung beigegeben. Die Kommentare der Pariser Presse glauben, daß das Ergebnis dieser Begegnung zwischen den Vertretern der Außenpolitik beider Länder entscheidend sein wird für die künftige Gestaltung der englisch-französischen Beziehungen. Obwohl, wie offiziös veräußert wird, kein Programm der zu diskutierenden Fragen aufgestellt worden ist, liegen gewisse Anhaltspunkte dafür vor, daß es der englischen Regierung im Augenblick weit mehr um die durch die jüngsten Ereignisse herbeigeführten Vorarbeiten der Orientpolitik, als um eine Regelung der aktuellen europäischen Fragen zu tun ist. Was von englischer Seite angekrebt wird, ist vor allem die Beendigung der bisherigen Aivalität der englischen und französischen Politik gegenüber dem Islam. In Frankreich scheint man dazu im Prinzip bereit zu sein in der Hoffnung, daß es auf dem Umwege über die Orientpolitik gelingen werde, das Verhältnis zu England, das durch den Gegensatz der Auffassungen in der Mehrzahl der Europa betreffenden Fragen in den letzten Jahren sehr erschüttert worden ist, neu zu konsolidieren. Unter diesen Umständen dürfte nach Meinung autoritativer Kreise im Vordergrund der Besprechungen vom nächsten Donnerstag die Frage einer englisch-französischen Zusammenarbeit im nahen Osten und im Zusammenhang damit die Möglichkeit vorläufiger Vereinbarungen über die Politik beider Länder gegenüber Ankara und vielleicht auch gegenüber Moskau stehen. Was die europäischen Probleme anlangt, so wird auch darüber die Zusammenkunft beider Staatsmänner zu einem Meinungsverständnis Gelegenheit geben; doch wird es als nicht sehr wahrscheinlich angesehen, daß es darüber zu irgendwelchen politischen Vereinbarungen kommen wird. Die Deutschland interessierende Frage der Räumung der Kölner Zone wird in England und Frankreich als für den Augenblick noch nicht spruchreif bezeichnet. Man erwartet zwar an, daß Deutschland auf dem Reparationsgebiete den in London übernommenen Verpflichtungen loyal nachgekommen sei, erklärt aber, daß die Voraussetzungen des Artikels 228 des Friedensvertrages erst dann als erfüllt angesehen werden können, wenn durch die alliierte Militärkontrolle festgestellt worden ist, daß Deutschland auch auf dem Gebiete der Wahrung des Lebensfriedens mit den Vorschriften des Friedensvertrages befehle. Da der Bericht der alliierten Militärkommission in Berlin nicht vor der nächsten Woche zu erwarten sei, dürfte die Frage der Räumung der Zone von Köln weiteren Verhandlungen zwischen den Alliierten vorbehalten bleiben, für die als vorläufiges Datum die zweite Dezemberhälfte genannt wird. Auch bezüglich der Frage der Ratifikation des Genfer Protokolls durch England erwartet man hier vorläufig keine definitiven Entscheidungen.

Mary ein Jahr Reichskanzler.

In einer Versammlung der Zentrumspartei in Göttingen wurde Reichskanzler Mary u. a. aus-
Mary er vor einem Jahr das Amt des deutschen Reichskanzlers übernommen hat, sei kein deutschnationaler Führer zu ihm gekommen, der ihn gebeten habe, einem Deutschnationalen den Kanzler-

Wilhelm als Kriegstreiber.

Aus Deutschlands großen Tagen.

Der sieben erscheinende 19. Band der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, die von der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W. 8, herausgegeben werden, bringt eine Reihe äußerst interessanter Dokumente über die Entstehung des russisch-japanischen Krieges und die Haltung, die Deutschland in den kritischen Jahren 1904/05 eingenommen hat. Obwohl die Zusammenhänge der um diese Zeit sich abspielenden Ereignisse im allgemeinen bekannt sind, wird durch die jetzt publizierten Dokumente Klarheit geschaffen über das diplomatische Doppelspiel, das Wilhelm und seine Ratgeber trieben, und das in hohem Maße den Ausbruch des russisch-japanischen Krieges mitverantwortlich hat. Die Dokumente zeigen, daß Wilhelm sowohl Rußland wie Japan gegenüber in raffiniertester Weise zum Kriege gehetzt hat, und daß auch der damalige Reichskanzler Bülow, wenn auch in vorsichtigerer Weise, diese kriegsbezügliche Richtung der wilhelminischen Politik unterstützte.

Die Situation war um jene Zeit die, daß die Spannung zwischen Rußland und Japan im fernem Osten von Jahr zu Jahr zunahm. Der russische Imperialismus drängte mit zunehmender Energie nach Korea und der Mandchurie, von dem Bestreben geleitet, die japanischen Einflüsse zurückzudrängen und die Vorherrschaft in Ostasien an sich zu reißen. Hierbei spielten, wie der vorliegende Rat im Auswärtigen Amt, Fürst Sigmundsky, in seiner Aufzeichnung vom 2. Januar 1904 treffend bemerkt, auch die Privatpolitik Nikolaus II. eine große Rolle. Es ist bekannt, daß verschiedene Angehörige der Dynastie Romanow durch wirtschaftliche Konzessionen in Korea an der aggressiven Politik im fernem Osten persönlich interessiert waren, und daß der Zar sich in hohem Maße von diesen privatwirtschaftlichen Interessen seiner Verwandten beeinflussen ließ. Andererseits rückte Japan, mit englischer Unterstützung, für den unvermeidlich erscheinenden Zusammenstoß mit Rußland. Wie aus den Akten des Auswärtigen Amtes hervorgeht, bemerkte der Zar schon bei der Zusammenkunft 1902 in Reval an Wilhelm II.: „1904 mache ich Krieg mit Japan.“

Welche Haltung nahm demgegenüber die deutsche Regierung ein? Aus den jetzt publizierten Akten geht deutlich hervor, daß Wilhelm sowohl in Danzig wie in Reval dem Zaren angedeutet hat, daß er im Falle eines Angriffes gegen Rußland im Orient diesem den Rücken decken würde. In seiner privaten Korrespondenz ludte Wilhelm den Zaren sogar dazu an, zu beschließen, daß er vor Japan nicht zurückweichen dürfe. Es kam sogar darüber zu recht heftigen Auseinandersetzungen zwischen Wilhelm und Bülow, der sich angesichts des Mißtrauens des Zaren nicht für ratsam hielt, daß dieser aus dem Munde Wilhelms alles deutlich dem Zaren erlassen würde. Wilhelm wollte ihm nur zum Kriegsmachen. In allgemeinen jedoch unterstützte Bülow die Politik des Zaren. In dem Zusammenhang mit dem Zusammen-

zwischen Rußland und Japan zu beschleunigen. Dies geht deutlich aus dem Schreiben Bülows an den vortragenden Rat im Auswärtigen Amt v. Holstein vom 15. Januar 1904 hervor. Es heißt in diesem Schreiben als Antwort auf die Frage Holsteins, ob es geraten sei, den Japanern zur Kenntnis zu bringen, daß und wie Deutschland bemerkt war, zur Erhaltung des Friedens mitzuwirken, wie folgt:

„Die Vorfrage für die Beantwortung Ihrer Anfrage ist, ob Sie Krieg oder Frieden im fernem Osten für uns für nützlich halten. Die von Ihnen angeregte Demarche in Tokio würde, soweit ich es beurteilen kann, die Chancen eines Zusammenstoßes eher verringern.“

Der gute Bülow wollte also keinen diplomatischen Schritt in Tokio unternehmen, weil er befürchtete, daß dadurch der herausragende Krieg im fernem Osten verhindert werden würde. Deshalb er eine solche Haltung einnahm, geht aus seiner „ganz geheimen“ Aufzeichnung vom 16. Januar 1904 hervor, in der es u. a. heißt:

„Seine Majestät äußerte heute, es erscheine ihm nicht unmöglich, daß Rußland im Falle weiterer Zuspitzung der Verhältnisse unsere Unterstützung in irgendeiner Form nachsuchen werde. Da man sich in der Politik auf alle Fälle vorbereiten müsse, bitte er mich, schon jetzt meine Gedanken darüber aufzuheben, welche Gegenforderungen wir in einem solchen Falle aufstellen könnten.“

Mit aller Deutlichkeit erkennt man die Stellung Wilhelms zu der Kriegsfrage aus seinen Randbemerkungen zu der Aufzeichnung des Vorkanzlers v. Eckardstein vom 17. Januar 1904. Eckardstein, der um diese Zeit die Rolle eines diplomatischen Zwischenträgers zwischen dem Auswärtigen Amt und der englischen und japanischen Diplomatie spielte, schrieb in dieser Aufzeichnung, vom deutschen politischen Standpunkte dürfte der Ausbruch eines japanisch-russischen Krieges nur mit Freuden begrüßt werden.“ Es heißt dann weiter in diesem Dokument:

„Gleichviel wer gewinnt, Rußland oder Japan, in jedem Falle wird der Krieg nicht nur für den Moment, sondern auch für die Zukunft die politische Nachstellung Deutschlands erhöhen, vorausgesetzt, daß wir absolut still sitzen und uns weder offiziell noch in unserer Presse nach einer von beiden Seiten hin ohne Grund kompromittieren. Am besten wäre es meiner unmaßgebenden Ansicht nach, wenn wir (auch in der Presse) den Friedensengel spielen, der vom moralischen Standpunkte aus, den Krieg im allgemeinen nicht gern sieht, im übrigen aber sich grundsätzlich nie in die Angelegenheiten anderer mischt.“

Dies schamlos-japanische Schreiben, in dem der Charakter der kaiserlichen Diplomatie sich unverhüllt spiegelt, fand die begeisterte Zustimmung Wilhelms, der sich am Kopf des Eckardsteins ausdrücklich mit seinem Instinkt einverstanden erklärte und auch entsprechende Randbemerkungen machte. Besonders charakteristisch ist die Randbemerkung zum Ende:

Danziger Nachrichten

Aufruf an die werktätige Bevölkerung Danzigs.

Durch die zuktändigen Instanzen der Sozialdemokratischen Partei und durch den einstimmigen Beschluß der letzten Mitgliederversammlung für Danzig-Stadt wurde der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt gebildet. Dieser ist von dem Bewußtsein getragen, daß der von religiös-konfessionellen und bürgerlichen Vorurteilen beherrschten öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege die sozialistische Auffassung von der gegenseitigen Hilfe des Menschen entgegenzusetzen muß, denn die bürgerlichen Wohlfahrtsorganisationen arbeiten nur im Interesse und zur Erhaltung der kapitalistischen Weltordnung.

Was ist und was will die Arbeiterwohlfahrt? Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt wird organisatorisch getragen von den der Sozialdemokratischen Partei angehörigen Männern und Frauen, die ehrenamtlich in der sozialen Arbeit stehen. Der Hauptausschuß bezweckt die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Wohlfahrtspflege, um hierbei die soziale Auffassung der Arbeiterschaft durchzusetzen, die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Beschäftigung und Vermittlung ehrenamtlicher Hilfskräfte für die öffentliche Wohlfahrtspflege.

Die Arbeiterwohlfahrt will aber auch durch praktische Mitarbeit an der Durchführung von Notstandsaktionen, die von den Behörden unternommen werden, und durch eigene Hilfsaktionen versuchen, die Not der arbeitenden Bevölkerung, die Not der Erwerbslosen mit ihren Kindern und die Not der Arbeitsunfähigen nach Möglichkeit zu lindern.

Es gilt nun aber, durch Spenden von Geld, Lebensmitteln und Kleidungsstücken, die Arbeiterwohlfahrt in den Stand zu setzen, der herrschenden Not zu helfen. Diese Bitte ergeht an alle diejenigen, die auf dem Boden sozialistischer Überzeugung stehen, ihnen allen rufen wir zu: „Im Anfang war die Tat.“

Wie so oft schon, so soll auch hier die Danziger Arbeiterschaft bei der Bekämpfung der Arbeiterwohlfahrt ihre Solidarität bekunden, denn es gilt, den Armen der Armen zu helfen.

Näheres über die praktische Arbeit der Arbeiterwohlfahrt wird an dieser Stelle mitgeteilt werden. Alle Anfragen und Meldungen wolle man richten an die Adresse: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt für den Freistaat Danzig, Frau Maria Kalkowski, Danzig, Karpfenseigen 26a, I, Zimmer 2.

Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

F. A.: Kalkowski.

Sozialdemokratische Partei für den Freistaat Danzig.

F. A. des Landesvorstandes: A. Brill.

F. A. des Ortsvorstandes: Ed. Schmidt.

Wiederum eine Brückierung des Volkstages.

Die sozialen Zulagen für die Staatsarbeiter. Bei der Beratung der Beamtenbesoldung nahm der Volkstag in namentlicher Abstimmung gegen nur 27 Stimmen eine Entschließung an, nach welcher den Staatsarbeitern die sozialen Zulagen in derselben Höhe gekürzt werden sollten, wie den Staatsbeamten. Der Senat hat nun dieser vom Volkstag beschlossenen Entschließung die Zustimmung verweigert. Die Begründung des Senats ist sehr fadenscheinig. Er erklärt, daß der Lohnstarif mit den Staatsarbeitern bis zum 31. Dezember d. J. abgeschlossen sei und daß vor Ablauf dieser Zeit eine Erhöhung überhaupt nicht angängig sei. Der Senat erklärte auch einstimmig bei der Regelung der Beamtenbesoldung im März d. J., daß diese Regelung die endgültige sei und mußte sich doch bereitfinden, auch hier eine Veränderung eintreten zu lassen.

Der Senat erklärt auch, daß die Arbeiter einstimmig es abgelehnt haben, ihre Lohnregelung in Übereinkunft mit der Beamtenbesoldung vorzunehmen. Das stimmt wohl, aber der Senat, aber es ist ein eintöniges, demagogisches Stück. Diese unanständige Stellungnahme zur Bearbeitung seines letzten Arbeiterfeindlichen Verhaltens heranzuziehen. Es war jedoch während der Inflationszeit, wo die Arbeiter hätten hungern müssen, hätten sie diesen Wunsch des Senats erfüllt. Die Beamten bekamen ihr Gehalt vierteljährlich im Voraus und konnten mit höherwertigen Geld ihre Bedürfnisse befriedigen, während die Arbeiter nachträglich ihre Bezüge erhalten. Wären die Staatsarbeiter damals von diesem Plan eingezogen, dann hätten sie noch mehr unter der Geldentwertung zu leiden gehabt.

Es ist recht verwerflich, daß die Herren Senatoren diese sozialen Zulagen für die Arbeiter ablehnen, wo sie sich selber neben ihren Gehältern von 2150 bis 3000 Gulden bisher noch nicht gebürd, daß nur ein einziger Senator auf seine sozialen Zulagen verzichtet oder diese wohlthätigen werden zur Verfügung gestellt hat. Wenn man aber diese Zulagen selber beantragt, wird man sie wohl auch den Arbeitern bei deren Hungernöten noch zubilligen müssen. Der Senat, ist das etwas anderes?

Daß die Staats- und Gemeinbediensteten auch eine angemessene Vergütung notwendig haben, zeigt wohl auch die Situation dieser Arbeiterkategorie. Der Senat hat in seinen Betrieben jetzt ein Sparsystem eingerichtet, nämlich, die Arbeitskräfte einzusparen werden. So werden jetzt z. B. der Gasanstalt, an den Stellen, wo vorfristigmäßig zwei Arbeiter beschäftigt werden müssen, nur noch ein Arbeiter anwesend, was aber bereits ein Menschenopfer gefordert hat. Der Senat gibt auch hier ein schändliches Verschulden insofern an, als er der Betriebsbelegschaft die Zeit zur Teilnahme an der Verdienungsfrage hat, was bisher nicht der Fall war, ja, er ist sogar weiter gegangen, er hat einen Lagerort gebildet, um der Familie entgegenzukommen. Es scheint auf ein schändliches Gemiffen hinzuweisen. Der Volkstag hat aber nicht die Absicht, den Rat geben, diese Arbeit an der Arbeiterfeindlichen Haltung des Senats ist in Betrieben eine ganze Erklärung hervorgerufen worden. Die Staats- und Gemeinbediensteten werden diese Haltung des Senats nicht ruhig an sich vorübergehen lassen.

lassen. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter aber wird eine Urabstimmung in den Betrieben vornehmen lassen, und schließlich können Starinfragen zu Verhandlungen die Beleuchtung darstellen. Die Gemeinde- und Staatsarbeiter werden bei dieser Aktion die öffentliche Meinung hinter sich haben, da ja dieses Verlangen dem Wunsch der übergroßen Mehrheit des Volkstages entspricht. Die sozialdemokratische Fraktion aber wird den Leuten, die sich selber durch ihre Vorlagen stets die Taschen füllen, aber den Volkstag brüskieren wenn es sich um Arbeiter handelt, noch ihren Standpunkt klarmachen müssen.

Weitere Danziger Fragen vor dem Völkerbund.

Das Sekretariat des Völkerbundes hat beschlossen, außer den neun Punkten, welche als Ergebnis der Verhandlungen mit Herrn Graf Colban in Danzig, über die wir vor kurzem berichteten, auf die Tagesordnung der Tagung des Völkerbundes gesetzt werden sollen, noch folgende drei Danziger Fragen zum Gegenstand der Verhandlungen zu machen:

- 1. Ernennung des Hohen Kommissars des Völkerbundes (die Amtsperiode des gegenwärtigen Hohen Kommissars läuft im März nächsten Jahres ab);
2. Stellungnahme zu dem Eintritt der Freien Stadt zu verschiedenen internationalen Konventionen und Verträgen gemäß Artikel 6 Absatz 2 des Danzig-polnischen Vertrages vom 9. 11. 1920;
3. Ernennung eines Sachverständigen in der Frage der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die dem Hohen Kommissar des Völkerbundes zur Entscheidung vorliegt.

Das Ende des Rabanestrettes.

Wie bereits kurz mitgeteilt, geht der Streit zwischen der Firma Schöhan und der Stadt Danzig seinem Ende entgegen. Die Firma Schöhan hat ihre Beschwerde gegen die Verleihung des Nutzungsrechtes an die Stadt zurückgezogen, da sie wohl selbst die weitere Verfolgung ihres Einpruches für erfolglos hält. Wegen der Durchführung des Projektes im einzelnen hat sie jedoch ihre Rechtsansprüche aufrechterhalten, so daß darüber noch entschieden werden muß. In einer wichtigen Einzelfrage, der

Neuregelung der Fischereiregung.

hat der Bezirksausschuß bereits eine Entscheidung gefällt. Er hat entschieden, daß vor dem Ablauf des Ausgleichsvertrages in den Däker nach näherer Anweisung des Oberfischmeisters ein Fischweh anzuordnen und daß weiter eine Anlage zur Erzeugung von Fischweh herzustellen ist, falls diese Einrichtung mit einer Anwendung der Unternehmerin bis zu 30 000 Gulden ausgeführt werden kann.

In der Begründung zu dieser wichtigen fischereiwirtschaftlichen Entscheidung werden noch folgende interessante Einzelheiten darüber angeführt:

Nach dem Fischereigesetz ist derjenige, der in einem offenen Gewässer Anlagen herstellt, durch welche der Wechsel der Fische verhindert wird, verpflichtet, auf seine Kosten Fischwege anzulegen und zu unterhalten. Es ist nun festgestellt, daß durch die Kraftwerkanlage der Stadtgemeinde etwa 14 Kilometer wertvollen Fischweh, welches hochwertige Forellen, Aeschen und Aale beherbergt, völlig entwertet würde, falls nicht die Stadtgemeinde durch die Anlage eines Fischweges oder in sonst geeigneter Weise die künftige fischereiliche Bewirtschaftung des Rabanestrettes ermöglicht. Bei dem starken Gefälle, das von der Unternehmerin genutzt wird, ist eine Fischleiter, wie sie sonst bei Stauanlagen verlangt zu werden pflegt, keine wirtschaftlich glückliche Lösung, vielmehr erscheint es zweckmäßiger, die Fischweh auf Rabanne auf Teichbewirtschaftung der Stauweh umzuwandeln. Letztere ist nur möglich, wenn seitens der Unternehmerin für ständige Beschaffung des Fischwehbesorges gesorgt wird.

Es ist in Deutschland üblich geworden, bei Laiperrren von Fischleitern, wie sie das Gesetz in erster Linie vorschreibt, abzusehen und stat dessen neben und im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Stauweh eine kleine Teichbewirtschaftung zur Erzeugung und Aufzucht der Befischung anzulegen. Eine solche Anlage ist hier umso notwendiger, als infolge der Abtrennung des Danziger Gebietes die Beschaffung von Befischung (Karpfen und Schleie) aus dem Erzeugungsgebieten (Kauzig) als unmöglich erwiesen hat. Diese Zustanlage ist auch zweifellos billiger, als die Fischleiter sich stellen würde, und kann, zumal in ihr auch Befischung für das übrige Danziger Gebiet erzeugt werden können, als ausreichender Ersatz der zerstörten Forellenzucht der Rabanne angesehen werden. Die Stadtgemeinde Danzig hat erklärt, daß sie die auferlegte Herstellung und Unterhaltung dieser Fischwehanlage der Anlage zur Herstellung und Unterhaltung einer Fischleiter vorziehe.

Es ist Tatsache, daß größere Stauweh, wie sie durch Laiperrren gebildet werden, eine fischereiliche Ausnutzung der Gewässer nur dann gestatten, wenn der Befisch mit Edelstücken durch eine besondere Zustanlage gesichert ist; denn z. B. der Karpfen pflanzt sich im Wildwasser und ohne menschliche Fürsorge in unserer Gegend nicht fort. Wie die das gesamte Rabanestrettes umgeben, so hätte das volkswirtschaftlich etwa die gleiche Bedeutung, wie wenn ein wertvolles Landgut ungenutzt bliebe.

Auf einem neben dem Hauptausgleichsvertrag zur Verfügung stehenden Bruchstück sollen Teile von verschiedenen Größe eingerichtet werden, kleine und große für die ausdauernde Brut, mittlere als Brutweh und ein etwas größerer Befischweh zur Erhaltung der Karpfen und Schleie; außerdem diese Nebenweh in dem Ausgleichsvertrag sich zu spezialisierten einzusetzen. Daneben wird die Anlage, wenn sie richtig betrieben wird, an Privatpersonen des Freistaatsgebietes Karpfen und Schleie als Befischung abgegeben können, an denen es z. B. völlig mangelt. Die Bewirtschaftung kann dem ohnehin notwendigen Wärter der Schleusenanlagen des Wasserkraftwerkes übergeben werden. Für die jährlichen Umschungen der Fische, Abfischungen und sonstigen fischereiwirtschaftlichen Maßnahmen würde die Oberaufsicht einem sachverständigen Berater anzuvertrauen sein.

Allerdings kann es fraglich erscheinen, ob mit der Summe von 30 000 Gulden die Anlage herzustellen sein wird. Mit Rücksicht auf den erheblichen Nutzen, den Volk- und Fischereiwirtschaft des Freistaatsgebietes bei geeigneter Nutzung aus dem Unternehmen gewinnen können, wird es Sache der fischereilich interessierten Kreise sein, die etwa fehlenden Mittel aufzubringen. Wie dringend hier Abhilfe geboten ist, wird dadurch bezeugt, daß gerade jetzt aus Dänemark, das hinsichtlich der Korridorabsperrung vom mitteldeutschen Produktionsgebiet der Befischung lange nicht so übel daran ist wie unser Staatsgebiet, die Fischerei in den Berliner Parkanlagen erlischt, der allig dänischerliegenden oberirdischen Fischelei durch Beschaffung von Fischweh zu helfen.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt. Donnerstag, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in der Aula der Petrischule am Gasplatz: Märchenabend

mit Lichtbildern für Kinder. Eintrittspreis für Kinder 20 Pfennig, für Erwachsene 50 Pfennig. Kinder erwerbslos der Parteigenossen haben freien Zutritt.

Die Erhöhung der Miete.

Die letzte Mieterhöhung ist nach der amtlichen Bekanntmachung schon für Dezember zu entrichten. Unklarheit besteht nun vielfach darüber, ob auch diejenigen Mieter, die am 1. Oktober ihre Miete vierteljährlich entrichten, mithin die Dezembermiete schon bezahlt haben, von der Mieterhöhung betroffen werden. Amtlich ist dazu erklärt worden, daß in diesen Fällen nur diejenigen Mieter die Nachzahlung zu leisten haben, deren Mietverträge die Jeweils-Klausel enthalten, die eine Mieterhöhung entsprechend den vom Senat festgesetzten Höchstmieten vorseht. Wo diese Klausel fehlt und die Miete für Dezember schon im Oktober gezahlt worden ist, besteht kein Anspruch auf die erhöhte Miete bis zum 1. Januar.

Hat schon die Mieterhöhung, selbst viele Proteste ausgelöst, da sie ein unverdientes Geschenk an die Hausbesitzer darstellt, so hat die außerordentlich überraschende und kurzfristige Bekanntgabe durch den Senat lebhaften Unwillen erregt. Eine Ausgabe von 2 oder 3 Gulden spielt im Arbeiterhaushalt eine nicht unwichtige Rolle, ganz besonders in Anbetracht des bevorstehenden Weihnachtsfestes. Um auch nur einigermaßen zu Rande zu kommen, muß der Wocheneinkommen eingeteilt werden. Kommt dann plötzlich, wie in diesem Falle, eine beträchtliche Mehrausgabe hinzu, entstehen peinliche Situationen. Das sollte auch der Senat wissen, der nicht nur für das Wohl der hohen und höchsten Beamten, sondern das aller Staatsbürger sorgen soll.

Die Flucht aus dem Leben. Der in Danzig lebende Schriftsteller Heinz Gernot Waldheim-Wieczny ist gestern morgen freiwillig aus dem Leben geschieden. Er wurde mit durchschossener Schläfe in seiner Wohnung aufgefunden. Der Verstorbenen stand im 20. Lebensjahre. Er war seit 1921 als Fürsorger für das Deutsche Rote Kreuz tätig und hatte sich tatkräftig für die aus dem polnischen Gebiet vertriebenen Flüchtlinge eingesetzt. In Berlin erkrankte er im Jahre 1923 an einer Nervenkrankheit, die ihn in der Folgezeit in Danzig in eine Textilfabrik brachte. Die Firma hatte von der Zollverwaltung die Genehmigung zur Unterhaltung eines Krankenzimmers erhalten. Bei einer unermuteten Revision des Lagers stellten sich Unregelmäßigkeiten heraus. Er wurde flüchtig und dann in Berlin sich allen Weiterungen durch den Freitod entziehen.

Sozialdemokratischer Verein Danzig, 9. Bezirk, Freitag, den 5. Dezember, abends 7 Uhr, findet in der Reichshaus, Mittelgasse, Eingang Gertrudenasse, Mittelgasse, eine wichtige Bezirksversammlung statt. Thema: 1. Das Arbeitsdienstpflichtgesetz. Referent: Abg. Gen. Fischer. 2. Bezirksangelegenheiten. Keiner darf fehlen.

Anti-Seetransportschiffe. Ein hohes Lied der deutschen Schiffbauindustrie enthält eine Mitteilung der skandinavischen „Schiffahrtszeitung“ über die Passagierdampfer „Albert Ballin“ und „Deutschland“, die in West, Redererei und Selen“ wiedergegeben wird. Die beiden Dampfer sind mit seitlichen Aufschwüngen versehen, die so angeordnet sind, daß die Stabilität der Schiffe bei verschiedenen Tiefgängen dieselbe bleibt; in diesen Aufschwüngen sind die fischereilichen Schlingerdämpfungsstänke untergebracht. Diese neue Konstruktion hat sich gut bewährt, daß die Amerikaner die Schiffe „anti-seasick-Schiffe“ gekauft haben. Während der letzten Reise von New York nach Hamburg traf die „Deutschland“ stürmischen Wetter und hohe See, die über die Decks und Außen hinwegwegte. Um nun die Wirkung der neuen Einrichtung festzustellen, wurde die Schlingerdämpfung eine Reitleitung angehängt; dabei zeigte das Gyroskopendeel Schlingerdämpfungsstänke untergebracht. Diese neue Konstruktion hat sich gut bewährt, daß die Amerikaner die Schiffe „anti-seasick-Schiffe“ gekauft haben.

Das Gebrüder-Herrnfeld-Theater wird auch im Dezember sein erfolgreiches Gastspiel im Wilhelm-Theater fortsetzen, was Freunde eines kräftigen Humors sicherlich begeistern wird, zumal für eine reiche Abwechslung des Spielplans Sorge getragen ist. Sonnabend gibt die lustige Komödie „Es lebe das Kackleben“ von Anton und Donat Herrnfeld zum ersten Male in Szene. Sie gestaltet einen Einblick in das Berliner Nachleben und spielt in der Art, wo die Rangeweile unbekannt ist. Es kam zu brennlichen Situationen, aber schließlich stellte sich heraus, daß man den anderen nichts vorwerfen hat. Situationskomik ist die Hauptstärke des Stückes, die noch durch flottes Spiel erhöht wurde. Es wird herzlich gelacht. Die Darsteller ernten am Schluß reichlichen Beifall. Wer einmal herzlich lachen will, besuche das Wilhelm-Theater.

Wasserstandsberichte am 2. Dezember 1924.

Table with 2 columns: Station and Water Level Change. Includes entries for Jomsburg, Barzhan, Wlad, Thoen, Tschon, Galm, and Gumburg.

Amstliche Börsen-Notierungen.

Danzig, 1. 12. 24
1 Reichsmark 1,29 Danziger Gulden
1 Loty 1,05 Danziger Gulden
1 Dollar 5,44 Danziger Gulden
Scheid London 25,19 Danziger Gulden
Berlin, 1. 12. 24
Danziger Produktendörse vom 1. Dezember. (Mittags)
Weizen 130 Pfund 13,95 - 15 G., 122 Pfund 12, - 13,20 G., Roggen 13,00 - 00,00 G., Gerste, mittl. Qual. 13,50 - 14,00 G., Hafer 11,30 - 12,00 G., kleine Erbsen 10,00 - 12,50 G., Bohnen 15,00 - 15,50 G., (Grosshandelpreis)
per 50 Kg. wassersfrei Danzig.

Aus dem Osten

Polen. Als ein ungetreuer Gewerbetreibender...

Marienburg. Großes Schandfeuer. Gestern...

Stargard. Vom Auge abfahren und getötet...

Stargard. Polnische Rechtsprechung. Der...

Preußen. Die Stieblingstätigkeit in Ostpreußen...

Stettin. Menschenhandel in Ostpreußen. Das...

Kulmsee. Raubmord. Donnerstag früh fanden...

maßen gerührt, das das Gehirn bloßgelegt war...

Thora. Vor der Strafkammer des Thorer Bezirks...

Sob. Verbot. Das einzige Organ der Unabhängigen...

Aus aller Welt

Schwere Räuberthat im Rheinland. Gestern nachmittag...

Das Opfer einer Verwechslung. Auf der Landstraße...

Schlagender Mord. Der 30 Jahre alte Hafenarbeiter...

Sturmsturz im Kanal. Ueber die bereits gemeldete...

ton rief der 15000 T. große Dampfer „Almanzor“ los...

Verhafteter Passfänger. Der von der Kriminalpolizei...

Das Ende eines Eifersuchtsdramas. Ein Straßenbahn-

Der Hungerstreik im Werhener Justizhaus. Der Gefangen-

Ein Doppelmörder. Die gegen den Polizeiwachmeister...

Der Leichensund bei Rosten aufgeklärt. Am 28. August...

Das Schicksal eines spanischen Kreuzers. Der spanische...

Im Battenmeer verirrt. Schwere Stürme verlebten im...

Das beste Tafelwasser der Gegenwart ist

„Heiligenbrunner Quelle“

Überall erhältlich

Heiligenbrunner Quelle G. m. b. H.

Heiligenbrunn



Die Liebe

des Severin Imboden

Roman von Ernst Zahn

Der Severin Imboden hat sich ein Weibchen auserwählt...

Gründe mit feierlichen Gelächern gegangen war, legte er...

fragte er mit höhnverzerrem Mund. „Wem soll man noch...

Flecken reinigt Spectrol

Überall erhältlich

Der Ruh.

Man denkt Gebot Reimwörter.
Gitarren ist in Wahrheit eine Ruhe für Bekämpfung des
Lebens im Leben zu werden. Aber nicht eine ein-

Der Ritt.

Reiterer wie Genere- und Sohlwiel, in sehr viel
Ruhheit und Gern kann der Rittler wiffen, flücht in
seiner Zeit und dem zu verhalten.

Die Rette.

Geben grünen Bäume so ist — ein junger Rittler
pfeilt, mit einem glücklichen Augenblick, das er
sonst immer nicht hätte, aber das Glück, das er

Der Ruh.

Man denkt Gebot Reimwörter.
Gitarren ist in Wahrheit eine Ruhe für Bekämpfung des
Lebens im Leben zu werden. Aber nicht eine ein-

Der Ritt.

Reiterer wie Genere- und Sohlwiel, in sehr viel
Ruhheit und Gern kann der Rittler wiffen, flücht in
seiner Zeit und dem zu verhalten.

Die Rette.

Geben grünen Bäume so ist — ein junger Rittler
pfeilt, mit einem glücklichen Augenblick, das er
sonst immer nicht hätte, aber das Glück, das er

Ein letzter Wort.

Man hat diesen Brief geschrieben, dann lese ich nicht mehr.
Du sollst es wissen, daß ich freilich aus dem Leben ziehe,
Sich beziehe die Welt mit allem Gemüth, in dem

Man hat diesen Brief geschrieben, dann lese ich nicht mehr.
Du sollst es wissen, daß ich freilich aus dem Leben ziehe,
Sich beziehe die Welt mit allem Gemüth, in dem

Der Ruh.

Man denkt Gebot Reimwörter.
Gitarren ist in Wahrheit eine Ruhe für Bekämpfung des
Lebens im Leben zu werden. Aber nicht eine ein-

Der Ritt.

Reiterer wie Genere- und Sohlwiel, in sehr viel
Ruhheit und Gern kann der Rittler wiffen, flücht in
seiner Zeit und dem zu verhalten.

Die Rette.

Geben grünen Bäume so ist — ein junger Rittler
pfeilt, mit einem glücklichen Augenblick, das er
sonst immer nicht hätte, aber das Glück, das er

Geben grünen Bäume so ist — ein junger Rittler
pfeilt, mit einem glücklichen Augenblick, das er
sonst immer nicht hätte, aber das Glück, das er

Danziger Nachrichten

Der klagende Senator.

Der Ingenieur Max W. in Danzig hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Beleidigung des Senators Künze zu verantworten. Die Verhandlung, die bereits einmal abgebrochen wurde, nahm fast 7 Stunden in Anspruch. Der Angeklagte ist Kaufmann und Ingenieur, der sich durch eigenes Studium und die Praxis heraufgebildet hat. Er hat leitende Stellen in einer Fabrik und vertritt auch jetzt eine auswärtige Firma. Das Elektrizitätswerk in Rosenberg hat er erbaut. Er ist auch Mitglied der Elektrizitätswirtschaftlichen Vereinigung. Ihm wurde mitgeteilt, daß der Senat sich über die Verhandlung äußern will, den südlichen Teil des Kreises an das Elektrizitätswerk in Danzig anzuschließen. W. wußte nun dahin zu wirken, daß der ganze Kreis an das Elektrizitätswerk in Danzig angeschlossen wird. Er nahm in Danzig mit dem Werk natürlich bereit sei, den Preis mit Elektrizität zu liefern. Darauf fuhr W. nach Tregenhof, wo ihm mitgeteilt wurde, daß man sich in einer Versammlung der Interessenten darüber beklagt habe, daß Danzig den Anschluß verweigere oder ablehne. Mit dem Landrat Dr. Kramer einigte er sich dahin, daß der Senat sich zunächst verbindlich darüber erklären solle, ob er bereit sei, die Elektrizität aus Danzig zu liefern. Diese Unterredung fand am 22. 8. 22 statt. Der Landrat wollte auch sofort nach Danzig schreiben. Am 3. 4. 22 ging der Angeklagte in Danzig zum Bauamt, um sich nach der Sache zu erkundigen. Der Bauamt erklärte: Der Brief des Landrats liegt gerade hier. Ich habe ihn vom Senator Künze erhalten, aber er hat sich dazu noch nicht geäußert. Der Angeklagte glaubte nun bestimmt, es handle sich um die bezeichnete Anfrage des Landrats. Dieser Brief war wieder aber verschwunden. Der Angeklagte nahm nun an, Künze habe den Brief beiseite.

Weiter wurde die Arbeit der Hochspannungsleitung nach Joppot angeschlossen. Der Angeklagte ließ sich die Bedingungen geben, in denen Holzmaschinen vorgelesen waren. Er wies auch hier darauf hin, daß dies nicht praktikabel sei und machte einen anderen Vorschlag. Dieser wurde beiseite gelassen. Der Angeklagte erhielt aber die Firma Siemens. Die Ausführung erfolgte aber nicht nach dem Anschlage, sondern etwa nach dem Vorschlag des Angeklagten. Dieser glaubte nun aus diesem und einem andern Fall schließen zu müssen, daß Senator Künze die Firma Siemens bevorzugt.

Der Angeklagte hat an den Senat-Vizepräsidenten Ziehm einen Bericht bezüglich des Großen Werbers überreicht lassen, der verschwunden ist. Der Angeklagte glaubte nun, Senator Künze habe ihn beiseite.

In Danzig wurde ein Verein der deutschen Elektrizitätswirtschaftler gegründet. Senator Künze erklärte dem Vorsitzenden, daß er aus dem Verein ausscheiden werde, wenn W. aufgenommen werde. Auch die Beamten des Elektrizitätswerkes hätten das selbe erklärt. Die Beamten der Firma Siemens gaben danach die gleiche Erklärung ab. Der Angeklagte sah darin einen Amtsmißbrauch des Senators.

Senator Künze suchte mit der Firma, die der Angeklagte vertritt, Klärung und erklärte, der Angeklagte sei unfähig und habe keine Sachkenntnis (!) und die Firma solle ihn baldmöglichst entlassen. Senator Künze werde mit der Firma keine Verbindung unterhalten, solange sie von dem Angeklagten vertreten wird. Dieser verfolgte ihn mit Beleidigungen. Auch hierin erblickte der Angeklagte einen Amtsmißbrauch.

In einem Briefe an die Fraktion der Deutschen in Danzig und einem an den stellvertretenden Vorsitzenden des Elektrizitätswirtschaftsvereins beantragte W. diese Dinge und künftige daran Herbeiführung gegen Senator Künze, die noch mündlich erörtert wurden. Dies kam zur Kenntnis des Senators. Den Strafandrohung stellte der Senat.

Der Angeklagte war von der Mäßigkeit seiner Aussagen überrascht und trotz der Wahrheitsgemäßheit an der aber mit. Durch Senator Künze und die Firmen wurden die Annahmen des Angeklagten widerlegt. Der Brief des Landrats ist nicht geschrieben, also auch nicht beiseite gelassen. Die Firma Siemens hat den Anschluß erhalten, weil sie die Mindestforderung war. Den verschwundenen Bericht habe der Senator nie gesehen. Die Anerkennung bezüglich des Eintritts des Angeklagten in den Verein war die eines Privatmannes und nicht des Senators gewesen. Das Bemühen,

den Angeklagten aus seiner Stellung zu bringen, sei nur eine Folge der Angriffe gewesen. Die Firma habe tatsächlich noch Aufträge erhalten.

Nach Schluß der Beweisaufnahme ließ der Angeklagte durch seinen Verteidiger erklären, daß er seinen Wahrheitsbeweis als mäßigend betrachte und die Beleidigungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme. Senator Künze erklärte sich trotzdem nicht bereit, als Nebenkläger den Strafantrag zurückzunehmen, sondern beantragte, Künze solle den vollen Schutzes des Gesetzes. Der Amtsanwalt beantragte denn auch eine Geldstrafe von 200 Gulden. Der Verteidiger des Nebenklägers beantragte 1 Jahr Gefängnis! Der Verteidiger beantragte Freisprechung. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 200 Gulden wegen Beleidigung in zwei Fällen. In der Urteilsbegründung wurde einerseits auf die Schwere der Beleidigung, andererseits aber auch auf die Milderungsgründe hingewiesen. Man könnte W. vielleicht Wahrnehmung berechtigter Interessen zubilligen, aber die Form, bleibe beizubehalten. Der Angeklagte sei ein Querhaken. Er habe keine Annahmen leichfertig verworfen, sei aber sonst wahrheitsliebend und habe auch keine gemeine Gesinnung gezeigt.

Die Frage der Arbeitslosenversicherung.

Die Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System ist kürzlich in der Tschechoslowakei eingeführt. Diese Art der Arbeitslosenversicherung unterscheidet sich von der Danziger Arbeitslosenversicherung insbesondere dadurch, daß die Auszahlung der Unterstützungen nicht durch die Gemeinden, sondern durch die Gewerkschaften erfolgt; diese müssen demnach für die Unterhaltungen für alle Arbeiter, also auch für die Unorganisierten, ihres Berufs oder Gewerbes führen. Der Staat zahlt einen bestimmten Zuschlag zu den von den Gewerkschaften gezahlten Unterstützungen, z. B. in dem Falle, daß eine Gewerkschaft zwei Kronen aus eigenen Mitteln pro Tag zahlt, so beträgt der staatliche Zuschlag auch zwei Kronen. Je höher also die gewerkschaftliche Unterstützung, desto höher der staatliche Zuschlag.

Durch diese Regelung hat der Senat flüchtig die Bürde der Verantwortung über die Höhe der Unterstützung auf die Gewerkschaften abgewälzt. Wenn die Arbeitslosen also mit der Höhe der Unterstützung unzufrieden sind, so müssen sie ihren Unwillen bei den Gewerkschaften abgeben. Diese haben auch noch eine weitere Aufgabe zugewiesen bekommen, nämlich die Arbeitsvermittlung und zwar auch wieder jede Gewerkschaft in ihrem Beruf oder Industrie.

Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsvermittlung in einer Hand vereinigt ist an sich eine sehr ideale Einrichtung, weil so die Möglichkeit der individuellen Behandlung bei Arbeitsvermittlung am allerbesten gewährleistet ist. Daß der tschechoslowakische Staat durch die Übertragung der Arbeitslosenunterstützung an die Gewerkschaften auch den unheimlichen langsam arbeitenden Behördenapparat gespart hat, zeigt ebenfalls weiser Staatslenkung.

Die Gewerkschaften haben diese Arbeit trotz der großen Anhängen technischer und organisatorischer Aufgaben übernommen, weil durch diese Zusammenziehung der Arbeitslosen nach ihrer Ansicht der Organisationsgedanke eine neue Förderung erhält und insbesondere die Fluktuation in den Gewerkschaften, die durch vertriebenenartige Erscheinungen erzeugt und gefördert wird, unterbunden und eine gewerkschaftliche Beständigkeit herbeigeführt wird.

Die tschechoslowakischen Unternehmer laufen nun gegen diese Art der Regelung der Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsvermittlung Sturm, weil sie befürchten, daß der Einfluß der Gewerkschaften auf die Arbeitenden und Arbeitslosen zu groß werden wird. Sie befürchten dadurch einen ihnen nicht günstigen Einfluß auf die Verteilung der Profite usw. Deswegen lehnen sie gegen die Gewerkschaften, ganz wie bei uns, alle möglichen Verleumdungen, um eine andere Regelung herbeizuführen.

Für uns Danziger ist dieses Problem gerade jetzt sehr diskutabel, weil der Volksrat sich bereits mit einer polnischen Vorlage beschäftigt und der Senat selbst ein Gesetz angekündigt hat. In erster Stelle ist zu entscheiden, ob die Arbeitslosenversicherung in Anlehnung an die Gewerkschaften, an die Krankenkassen oder als eine selbständige, unabhängige kommunale oder Staatsbehörde eingerichtet werden soll. Das ist eine außerordentlich wichtige, noch ungelöste Frage, die in den Gewerkschaften zuerst diskutiert werden muß, wobei ihnen u. a. auch die Regelung in der Tschechoslowakei wertvolles Material liefert.

Übernahme des letzten Konfals in Danzig. Nach einer Mitteilung der „Danziger Nachrichten“ über eine Sitzung des letzten Ministerkabinetts am 26. November 1924 hat das Kabinett den letzten Konfal in Danzig, Heinrich Plaueit, seines Postens entbunden und ihn dem Außenministerium zur Verfügung gestellt. Die wir an zündender Stelle erfahren, war Herr Plaueit zwar als Nachfolger des abberufenen Herrn Ruffewitz zum Konfal für Danzig ernannt, hatte aber noch keine Bestätigung erhalten. Ueber den Nachfolger des Herrn Plaueit ist zurzeit noch nichts bekannt.

Obst. Eine Sitzung der Gemeindeverwaltung findet am Donnerstag, den 4. Dezember, nachmittags 6 Uhr, im Sitzungssaale des Rathauses statt. Es steht folgende Tagesordnung zur Beschlusfassung: Erlass einer neuen Luftkühlungsordnung, Anschlag des Güterweges an das Leitungsnetz der Heberlandzentrale, Bewilligung von Mitteln für Fundamente in den beiden Schulen, Verwendung der im Bau begriffenen zwei Vierfamilienhäuser, Wahl eines Wahlenrates für den Bezirk 4, Geländeankäufe: Anträge betreffend: Armenunterstützungen, Vergabung der Kohlenlieferungen, Verwendung der Einkünfte aus dem Freistaatgemeindevorband, Gewährung von Winterbeihilfen.

Schienenbahn. Am 26. d. Mts. brannte in Schienenforst ein dem Prediger Franz gehöriges Wohnhaus nieder. Die Sondergruppe der Kriminalpolizei, die mit der Aufklärung dieses Falles beauftragt wurde, hatte den Mechaniker und Kolonialwarenhändler Emil Müller festgenommen, welcher unter der Last des zusammengebrachten Beweismaterials aus dem Brand angelegt zu haben. Müller war mit seinem Mobiliar überversichert; da die Geschäftskontakture eine Schlichte war, wollte M. so in den Besitz der hohen Versicherungssumme von 68 000 Gulden gelangen. M. ist dem Amtsgericht zugeführt worden.

Versammlungs-Anzeiger
Anzeigen für den Versammlungskalender werden nur bis 9 Uhr morgens in der Geschäftsstelle, Am Spandauer 6, gegen Vergütung entgegen genommen. Jelleneurets 15 Guldenpreis.

Frauenkommission und Ausschuss. Mittwoch, abends 7 Uhr: Wichtige Sitzung bei Fr. Müller, Runggarten 11. Alle Bitten für Weihnachten müssen fertig mitgebracht werden.

Samariterkursus. Mittwoch, abends 7 Uhr, beginnt in der Handels- und Gewerbeschule ein neuer Kursus in der ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen und plötzlichen Erkrankungen. Wir verweisen auf das heutige Inserat des Arbeiter-Samariter-Bundes.

Arbeiter-Bildungsanstalt Danzig. Mittwoch, abends 6 1/2 Uhr, im Parteibureau Sitzung.

Vortragsabend „Nie wieder Krieg“ der Liga für Menschenrechte. Im großen Saale der Naturforschenden Gesellschaft: Sonnabend, den 6. Dezember 1924, 7.45 Uhr pünktlich, Dr. Hans Jint: Sittliche Grundlagen. — Sonnabend, den 13. Dezember 1924, 7.45 Uhr pünktlich, Dr. Erwin Wichtenstein: Praktische Verwirklichung. (Völkerverbund — Vancurova — Diskussion). — In beiden Abenden ab 7 Uhr: Buchausstellung. Eintritt frei. (15 670)

SPD. Joppot. Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 3. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im „Bürgerheim“. Tagesordnung: Bericht der Stadtverordnetenfraktion, Unterrichts- und Ausschuss.

Sattler und Tapezierer. Mitgliederversammlung am 3. 12., abends 7 Uhr im „Blauen Lohndorn“. Um vollzählige Erscheinung wird gebeten. Der Vorstand. (15 675)

Arbeitsgem. ion. Lehrer. Mittwoch, 3. Dezember 1924, abends 8 Uhr, Sitzung Volkshausgebäude. (15684)

Ankündigung im Friseurgewerbe. Mittwoch, den 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftsraum, Heilke-Gasse 107, Gr. Profektversammlung für sämtliche Anwesende. Stellungnahme gegen die Wiedereröffnung der Sonntagsarbeit. Niemand darf fehlen! (15766)

Verantwortlich: für Politik Ernst Loos, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Froben, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von A. Gohl & Co. Danzig.

Dixin
Henkel's Seifenpulver
ist sparsam im Gebrauch und von ausgezeichneter Waschwirkung!

Betrifft: die hauptsächlichsten Steuerzahlungen im Dezember 1924.
Vorlaufend ohne besondere Aufforderung abzuführen:
a) Luxussteuer (10 u. 5. der vereinfachten Entgelte bei Versteigerung, Lieferung aus dem Auslande, Privatverkauf von Luxussteuerpflichtigen Waren unter gleichzeitiger Zusendung einer besonderen Benachrichtigung an die Steueramt. I. eine Woche nach Gültigkeit des Steuerpflichtigen Beschlusses — vergl. auch B. 1.)
b) Erhöhte Umsatzsteuer für Gast- und Schankwirtschaften (Nachkasssteuer) wöchentlich zahlbar bis Mittwoch jeder Woche.
c) Einkommensteuer - Lohnabzug von den zum Ueberweisungsverfahren zugelassenen Betrieben binnen 3 Tagen nach der erfolgten Lohn- oder Gehaltszahlung beginn bei täglicher Entlohnung am Freitag jeder Woche.
d) Lohnsummensteuer (1 u. 5. der gezahlten Bruttovergütung an Beamte, Angestellte und Arbeiter) von öffentlichen Arbeitgebern binnen 3 Tagen nach erfolgter Lohn- oder Gehaltszahlung beginn bei täglicher Entlohnung am Freitag jeder Woche.

B. Außerdem sind fällig:
1. Am 10. Dezember 1924.
a) Einkommensteuervorauszahlungen der Gewerbetreibenden, Landwirte u. freien Berufe sowie Lohn- und Gehaltsempfänger, deren Bezüge für den Jahr 1923 eine Steuerpflicht herbeiführen, nach dem letzten Abschneiden der Steuerpflicht.
b) Körperschaftsteuer nach dem letzten Abschneiden der Steuerpflicht.
c) Allgemeine Umsatzsteuer: 2 u. 5. der im November abgemessenen Umsatzsteuerpflichtigen Entgelte einschließlich der zum Privatverbrauch aus dem Betriebe entnommenen Gegenstände ohne Berücksichtigung der gewöhnlichen Betriebsausgaben.
d) Bonussteuer: 10 u. 5. in den nach B. 1. genannten Fällen.
2. Am 15. Dezember 1924.
Die 1. und 2. Monatsrate der Grundsteuer und der Grundsteuerzuschläge für das Rechnungsjahr 1924 in der Stadtgemeinde Danzig. Nur ausdrücklich gewährte Stundungen oder Ratenzahlungen entziehen von der Entrichtung der fälligen Zahlungen.
Danzig, den 22. November 1924.
Der Leiter des Steueramtes.

Weihnachtsbitte!
Gedenket der nothleidenden Alten und Jugend der Stadtgemeinde Danzig.
Kassenleiter: Gesellschaftsplatz Danzig, Nr. 21, 7514 (Bar- und Naturalbeiträge).
Kassenleiter: Danzigsbank Nr. 186 der Strohhäuser Danzig. (†)

Alle Steuern
Junge Frau leht
Kassiererin
für den Rechnung oder
Kassiererin. Kasse Nr. 186
an die Exp. der
Kassiererin. (†)

Wasserarbeiten
Kassiererin
Kassiererin. Kasse Nr. 186
an die Exp. der
Kassiererin. (†)

Rechnung
Kassiererin
Kassiererin. Kasse Nr. 186
an die Exp. der
Kassiererin. (†)

Kauft Danziger Notgeldscheine
zum Besten der Altershilfe der Stadtgemeinde Danzig
Auskunft Geschäftsstelle Plankengasse 41, Tel. 7514

Blendax
„In dem Scheuermännchen“



Scheuer · Reinigt · Putzt
Alles
Blitzblank

Stadtheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.

Heute, Dienstag, den 2. Dezember, abends 7 Uhr:

Dauerkarten haben keine Gültigkeit.

Der Graf von Luxemburg

Operette in 3 Akten von H. M. Willner und Robert Bodanski. Musik von Franz Lehár. In Szene gesetzt von Erich Sterneck. Musikalische Leitung: Werner Götting. Inspektion: Oskar Friedrich.

Personen wie bekannt. Ende 9 1/2 Uhr.

Mittwoch, den 3. Dezember, abends 7 Uhr. Dauer-

karten Serie II. „Reiseer“. Komödie.

Donnerstag, den 4. Dezember, abends 7 Uhr. Dauer-

karten haben keine Gültigkeit. „Die Frau ohne Ruh“. Lustspiel mit Musik in 3 Akten.

Arbeiter-Gesundheitsbund Danzig, e. V.

Anschrift Heilige-Geist-Str. 98.

Am Mittwoch, den 2. Dezember, abends 7 Uhr,

beginnt unter Leitung des Herrn Kolonnenarztes

Dr. med. Elson, Gr. Mühlengasse 10, in der

Handels- und Gewerbeschule, An d. Gr. Mühle,

ein **Arbeiter-Kursus in der ersten Hilfe-**

Leistung bei Unfällen und plötzlichen

Erkrankungen statt.

Zur Teilnahme sind alle Personen über 18 Jahre

berechtigt. Es wird zahlreiche Beteiligung erwartet,

da der Kursus kostenlos ist. Anmeldungen am

3. Dezember in Schulhaus.

Der Bundesvorsitzende: J. E. Grajewski.

Für den Winterbedarf

offert billig

Ia Oberstl. Steinböck

Strickets, Koks

und gutes, trockenes Klobenholz.

Telephon 6. Gerhardt Pfefferstadt

246 Nr. 20

Lager: Köhn 3 und Seewerplatz 1-2.

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

15577

Danziger

Gaskoks

der billigste Brennstoff für Zentralheizungen

hergestellt aus den besten oberschlesischen und englischen Kokskohlen.

Nach Versuchen der Technischen Hochschule Danzig

ca. 20 Prozent billiger als Hüttenkoks

— und nur zirka 10 Prozent geringere Heizkraft —

Zu beziehen durch das

Städtische Gaswerk Danzig

15024

Telephon 257 und 532



Schmiedegasse 11.

15577

Dr. Wittingstich

80 P 15577

Schmiedegasse 3, part.

Schnaps und Likör

kaufen Sie gut und billig bei

F. Scheer

Jankegasse 1a

a. d. Markthalle

Zum Weihnachtsfest

Lederwaren!

Damen-Kofferchen, Besuchsaschen, Portemonnaies, Schultaschen, Frühlingsaschen, Aktentaschen, Markt- taschen, Reistaschen aus echt Fiber und Leder — zu billigen Preisen.

Union-Parfümerie, Ziegengasse 6

15583 Danzigsche Reibhaus-Lager.

1 Pumpenglocke,

Durchmesser 40 cm, zu

verkaufen. Zu erfragen,

Hint Al. Bruch. 2a, 21 (f)

Puppenstube

billig zu verkaufen.

Thum, 15674

Siebertgasse 38b, 501 1

Chaiselongue mit und ohne Bettkasten, Sofa, ger. Sessel billig zu verkaufen. (f) Kletterberggasse 9, pt.

Reiner, dunkel:

Silber

(Gr. 53) billig zu verk. (f)

Sauer, Lehnstr. 3, Hof 1.

1 guter Kochherd

ist billig zu verkaufen.

uroth, Pfefferstadt 17 (f)

Befähigung v. 8-5 Uhr.

1 Wassertrone

1 Wassertrone, 1 Paar

Damen-Schuhe, Gr. 36,

zu verkaufen. E. Scholtz,

Ohre, Bogelgr. 22 (f)

Spitzer

Danzig, Gerbergasse 11-12

Diese Firma ist bekannt als das richtig Haus für Herren- und Damen-

Pelze

Pelzwerk wird erheblich billiger.

Pelzwerk kaufen ist Vertrauenssache.

Angezahlte Stücke können reserviert werden.

Kostüme

aus erprob. Qual., aparte Form, fesch verarbeitet

Gruppe I . 55 G

Gruppe II . 95 G

Gruppe III 125 G

Gruppe IV 195 G

Stoffmäntel

Flotte Formen, kleidsam, prakt., unentbehrlich, Kragen offen und geschlossen zu tragen

Gruppe I . 43,00 G

Gruppe II . 55,00 G

Gruppe III 70,00 G

Gruppe IV 95,00 G

15597

So billig

sind alle unsere Preise.

Neue hochmod.

Regenschirme

für Damen und Herren in

Seide, Halbseide u. Baum-

wolle sehr billig zu ver-

kaufen. (14637)

Fritz Neumann,

Doggenpfl. 14.

Frack und Weste

auf Seide, fast neu, sehr

billig zu verkaufen. (f)

Fran Loops,

Gr. Bäckergasse 13. Kurz-

warengeschäft

Beltarbeiterin

arbeitet Güte, Krage,

Stuffs schnell und billig.

Ein gr. kh. Damen-Pelz-

krage u. 1 Herren-schal-

krage billig zu verk. (f)

Böttberggasse 11, 2. Et.

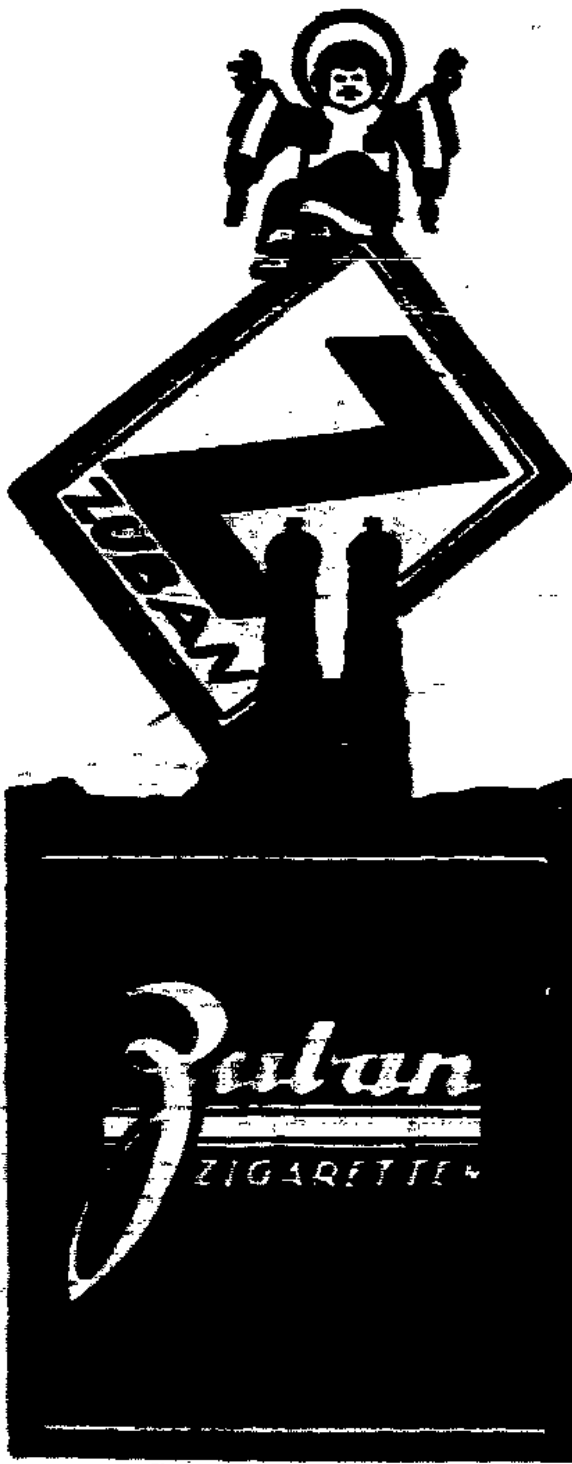
Versuchen Sie

unser neues Fabrikat

Zigarette Nr. 2

zu 2 P

Konkurrenzlos in Qualität und Ausführung



Sachkenntnis, Gründlichkeit und das ernste, zielbewusste Streben,

nur das Beste

zu bringen, begründen den hohen Ruf der

Zuban-Zigaretten